

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten  
betreffend  
Asylpolitik verschärfen**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die Forderungen nach einer Verschärfung der Asylpolitik bei der Bundesregierung nochmals zu verstärken und darauf hinzuwirken, dass insbesondere

- die Errichtung von Asylzentren in Drittstaaten verfolgt wird, sodass das Asylrecht wieder auf den ursprünglichen Gedanken der Genfer Konvention zurückgeführt wird,
- die Überprüfung der Gefährdungslage in den Herkunftsländern laufend nach objektiven Kriterien erfolgt und Abschiebungen dorthin weiter konsequent durchgeführt werden,
- die rechtlichen Bestimmungen dahingehend angepasst werden, sodass rechtskräftig Verurteilten der Asylstatus im Eilverfahren abzuerkennen ist bzw. eine Weiterführung des Verfahrens versagt werden kann,
- die Möglichkeit geschaffen, und auch genutzt wird, laufende Asylverfahren von straffällig gewordenen Schutzsuchenden zu stoppen, sodass die Abschiebung umgehend eingeleitet werden kann,
- die Möglichkeit zur Verhängung von Gebiets- und Reisebeschränkungen bzw. -verboten über abzuschiebende Asylwerber nach dem Vorbild anderer Europäischer Staaten geschaffen wird, sowie
- den § 13 Abs 3 BFA-Verfahrensgesetz dahingehend zu ändern, dass im Zweifel über das Alter eines Fremden von einer Volljährigkeit auszugehen ist.

### **Begründung**

Der dramatische Fall des 13-jährigen Mädchens in Wien hat gezeigt, dass die Asylgesetze in Österreich verschärft werden müssen. Der Hauptverdächtige kam 2015 als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Österreich und erhielt 2016 subsidiären Schutz zugesprochen. Erst nach mehreren ergangenen Schuldsprüchen wurde der jugendliche Asylwerber für eine weitere strafbare Handlung zu unbedingter Haft verurteilt.

Die Gewaltbereitschaft von Asylwerbern und subsidiär Schutzsuchenden wird zunehmend zum Problem. Besonders schockierend ist für die unterzeichneten Abgeordneten der Umstand, dass man sich gegen Entscheidungen der Asylbehörden wehren kann, wenn man gleichzeitig die Werte des Staates, in denen man Schutz sucht mit Füßen tritt. Wer nicht bereit ist, unsere Werte zu achten und nach der österreichischen Rechtsordnung zu leben, hat sein Recht auf Aufenthalt verwirkt. Bei Straffälligkeit müssen auch laufende Asylverfahren, unter Achtung aller Grundrechte, gestoppt und die Abschiebung ins Herkunftsland eingeleitet werden. Ein Abschiebestopp nach Afghanistan wird strengstens abgelehnt.

Ebenso zeigt der aktuelle tragische Fall aus Schärding, dass es auch in Oberösterreich endlich Zeit ist, das 2018 einstimmig beschlossene Oö. Integrationsleitbild konsequent umzusetzen und dass konkrete und handfeste Maßnahmen gesetzt werden müssen.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern mit diesem Antrag eine wirkliche Verschärfung der Asyl- und Fremdenpolitik im Zusammenhang mit straffällig gewordenen Schutzsuchenden. Eine Verschärfung des Asylrechts muss schnellstmöglich eingeleitet werden.

Linz, am 5. Juli 2021

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr, Wall, Nerat, Handlos, Bahn, Kroiß, Fischer, Gruber, Lackner, Kattnigg, Neubauer, Graf, Schießl, Baldinger, S. Binder, Cramer**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Dörfel, Hattmannsdorfer, Hingsamer, Stanek, Frauscher, Kölblinger, Froschauer, Raffelsberger, Aspalter, Oberlehner**